

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann, Dr. Von Gimborn und Dr. Machacek**

betreffend: **Sofortiger Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

Am 26. Jänner 2017 fasste der NÖ Landtag mehrheitlich den Beschluss zum Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Ausschlaggebend dafür war eine Reihe von undemokratischen und menschenverachtenden Prozessen, ausgehend vom System Erdogan. Das Vorgehen gegen Erdogan-kritische Journalisten, die Blockade unabhängiger Nachrichtenportale, die Entlassung von tausenden Lehrern, Professoren, Beamten, Anwälten, Richtern, Polizisten und Teilen des Militärs. Das Ausreiseverbot gegenüber Akademikern und die Rückbeorderung von jenen, die sich im Ausland aufhalten, haben schon im vergangenen Jahr verdeutlicht, dass sich die Demokratie-Auffassung der Türkei von jener der EU massiv unterscheidet.

Mit dem Ergebnis der Volksabstimmung im April 2017 hat sich die Türkei für die Umwandlung in ein Präsidialsystem entschieden. Aus der Sicht zahlreicher Experten bedeutet das nichts anderes als die Bildung eines autoritären Regimes. Das türkische Parlament verliert wesentliche Befugnisse und wird in entscheidenden Fragen de facto entmachtet. Der Präsident wird gleichzeitig Regierungschef und Chef der Exekutive. Das Präsidentenamt wird politisiert, was nichts anderes bedeutet, dass der Präsident auch Vorsitzender der größten Partei ist und damit als Mehrheitsführer das Parlament kontrolliert. Des Weiteren wird die Unabhängigkeit der Justiz völlig ausgehebelt. Der Präsident darf künftig sechs der 13 Mitglieder des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte ernennen, die anderen Mitglieder wählt das Parlament, wo jedoch der Präsident Mehrheitsführer ist.

Die Türkei bewegt sich seit Jahren weit weg von der EU. Spätestens mit den dramatischen Auswirkungen auf Menschenrechte, Demokratie und Verfassung müssen die EU-Beitrittsverhandlungen sofort abgebrochen werden. Zudem müssen die Finanzhilfen zur Vorbereitung eines EU-Beitritts, die mit 4,45 Milliarden Euro budgetiert sind, mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für den sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, bei der Bundesregierung sicherzustellen, damit diese auf europäischer Ebene für den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eintritt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.